

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementpreise:
12 Monate 4 Monate 3 Monate 1 Monat
Schweiz Fr. 18.— Fr. 6.— Fr. 4.— Fr. 2.—
Ausland „ 20.— „ 7.— „ 5.— „ 3.—
Die Anzeigen-Nummer allein: pro Spalte 8 Pf. 50.
Werbekonten ab 100 Pf. bei der Post bezahlt 20 Pf. mehr.
Werbekonten für das Ausland sind am Montag
des Beschlusses anzugeben, und dort ist der Abonnementspreis zu
erheben. Nachkommende haben Druck- und Schreibmaterial, Papier,
Streifen, Gelland, Klebmasse, Schneiden und d. m. zu zahlen.

Insertionspreise:
1. bis 3. Spalte 20 Cts
4. bis 6. Spalte 15 Cts
7. bis 9. Spalte 10 Cts
10. bis 12. Spalte 8 Cts
13. bis 15. Spalte 6 Cts
16. bis 18. Spalte 5 Cts
19. bis 21. Spalte 4 Cts
22. bis 24. Spalte 3 Cts
25. bis 27. Spalte 2 Cts
28. bis 30. Spalte 1 Cts
31. bis 33. Spalte 1 Cts
34. bis 36. Spalte 1 Cts
37. bis 39. Spalte 1 Cts
40. bis 42. Spalte 1 Cts
43. bis 45. Spalte 1 Cts
46. bis 48. Spalte 1 Cts
49. bis 51. Spalte 1 Cts
52. bis 54. Spalte 1 Cts
55. bis 57. Spalte 1 Cts
58. bis 60. Spalte 1 Cts
61. bis 63. Spalte 1 Cts
64. bis 66. Spalte 1 Cts
67. bis 69. Spalte 1 Cts
70. bis 72. Spalte 1 Cts
73. bis 75. Spalte 1 Cts
76. bis 78. Spalte 1 Cts
79. bis 81. Spalte 1 Cts
82. bis 84. Spalte 1 Cts
85. bis 87. Spalte 1 Cts
88. bis 90. Spalte 1 Cts
91. bis 93. Spalte 1 Cts
94. bis 96. Spalte 1 Cts
97. bis 99. Spalte 1 Cts
100. bis 102. Spalte 1 Cts
103. bis 105. Spalte 1 Cts
106. bis 108. Spalte 1 Cts
109. bis 111. Spalte 1 Cts
112. bis 114. Spalte 1 Cts
115. bis 117. Spalte 1 Cts
118. bis 120. Spalte 1 Cts
121. bis 123. Spalte 1 Cts
124. bis 126. Spalte 1 Cts
127. bis 129. Spalte 1 Cts
130. bis 132. Spalte 1 Cts
133. bis 135. Spalte 1 Cts
136. bis 138. Spalte 1 Cts
139. bis 141. Spalte 1 Cts
142. bis 144. Spalte 1 Cts
145. bis 147. Spalte 1 Cts
148. bis 150. Spalte 1 Cts
151. bis 153. Spalte 1 Cts
154. bis 156. Spalte 1 Cts
157. bis 159. Spalte 1 Cts
160. bis 162. Spalte 1 Cts
163. bis 165. Spalte 1 Cts
166. bis 168. Spalte 1 Cts
169. bis 171. Spalte 1 Cts
172. bis 174. Spalte 1 Cts
175. bis 177. Spalte 1 Cts
178. bis 180. Spalte 1 Cts
181. bis 183. Spalte 1 Cts
184. bis 186. Spalte 1 Cts
187. bis 189. Spalte 1 Cts
190. bis 192. Spalte 1 Cts
193. bis 195. Spalte 1 Cts
196. bis 198. Spalte 1 Cts
199. bis 201. Spalte 1 Cts
202. bis 204. Spalte 1 Cts
205. bis 207. Spalte 1 Cts
208. bis 210. Spalte 1 Cts
211. bis 213. Spalte 1 Cts
214. bis 216. Spalte 1 Cts
217. bis 219. Spalte 1 Cts
220. bis 222. Spalte 1 Cts
223. bis 225. Spalte 1 Cts
226. bis 228. Spalte 1 Cts
229. bis 231. Spalte 1 Cts
232. bis 234. Spalte 1 Cts
235. bis 237. Spalte 1 Cts
238. bis 240. Spalte 1 Cts
241. bis 243. Spalte 1 Cts
244. bis 246. Spalte 1 Cts
247. bis 249. Spalte 1 Cts
250. bis 252. Spalte 1 Cts
253. bis 255. Spalte 1 Cts
256. bis 258. Spalte 1 Cts
259. bis 261. Spalte 1 Cts
262. bis 264. Spalte 1 Cts
265. bis 267. Spalte 1 Cts
268. bis 270. Spalte 1 Cts
271. bis 273. Spalte 1 Cts
274. bis 276. Spalte 1 Cts
277. bis 279. Spalte 1 Cts
280. bis 282. Spalte 1 Cts
283. bis 285. Spalte 1 Cts
286. bis 288. Spalte 1 Cts
289. bis 291. Spalte 1 Cts
292. bis 294. Spalte 1 Cts
295. bis 297. Spalte 1 Cts
298. bis 300. Spalte 1 Cts

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Perlesstrasse 88, Freiburg (Schweiz). Telefon 4.06. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annoncenexpedition A.-G. Telefon 1.35

ERSSET
Freiburg
Anwaltschaft und dem Publi-
kum seine Geschäfte seinem
Büro, Sängerkreis-
strasse 79, Freiburg
1920,
Anwalt.

steigerung
10. Juni, nachmittags
3-4 Lote gut ge-
steigert: **Wesiger.**

steigerung
am Montag, den
7. Juni, nachmittags
1 Uhr an, ihre
öffentliche Steigerung.
Wesiger.

steigerung
am Montag, den
7. Juni, nachmittags
1 Uhr an, ihre
öffentliche Steigerung.
Wesiger.

Modell
schönen
ersatzstücke.
Haeffiger,
2021

Tages-Rundschau.

Die bisherigen Ergebnisse der Reichstagswahlen verzeichnen einen Rückgang der mehrheitlich sozialistischen und demokratischen Stimmen und andererseits ein Anwachsen der Stimmen der Unabhängigen und der rechtsstehenden Parteien.

Im englischen Unterhaus sprach sich Lloyd George für die Wiederhernahme der Handelsbeziehungen mit Russland aus.

Wegen der Brotpreiserhöhung kam es hier in mehreren italienischen Städten zu Demonstrationen, die in Bari einen blutigen Charakter annahmen.

In Wien kam es zu ähnlichen Kundgebungen.

Die schweizerischen Bauernpartei sprach sich gegen das „Referendum zum Arbeitsgesetz“ aus.

In Basel wurde ein Unternehmen zur Ausbeutung der reichen bündnerischen Wasserkräfte gegründet.

Die römische Frage.

Die päpstliche Enzyklika vom 23. Mai abhin wird in der Presse aller Länder lebhaft besprochen. Sie ist ein Dokument des Friedens von allererster Größe und Bedeutung. Was den Weltfrieden anbelangt, reicht sie sich in Logischer Konsequenz an das Rundschreiben vom 1. August des Jahres 1917.

Auch die allerwichtigste Frage des Völkerbundes wird vom Papste in gleicher Hinsicht weitergeführt, wie sie im genannten Dokumente vorgezeichnet wurde: Versöhnung der Völker durch die Inthronisation der christlichen Liebe und Gerechtigkeit an Stelle des Hasses und der Rache, gegenzeitige und gleiche Abhängigkeit der Nationen auf Grund der christlichen Gesetze der Gerechtigkeit und Nächstenliebe.

Auf dieser Grundlage ist ein allgemeiner Völkerbund, der Völkervereinigung, möglich.

Das Rundschreiben befaßt sich des fernern mit der bekannten römischen Frage, welche durch die Eroberung des Kirchenstaates und die Einverleibung seiner Gebiete in das Königreich Italien am 20. September 1870 geschaffen wurde.

Infolge dieses Manches am Papste durch das Königreich Italien wurde eine Lage geschaffen zwischen dem Vatikan und dem Diktator (Sitz der italienischen Regierung in Rom), die jeden offiziellen Verkehr zwischen den genannten Autoritäten unmöglich machte. Kein katholischer Fürst, der beim italienischen König offiziell auf Besuch war, wurde vom Papste empfangen. Die italienischen Katholiken des ehemaligen Kirchenstaates durften als solche, d. h. als Mitglieder einer katholischen politischen Partei, an den Kammerwahlen des Königreichs nicht teilnehmen.

Erst während des Krieges, als die Gefahr des revolutionären Umsturzes bedrohend anwuchs, wurde das Verbot „non expedit“ betreffs der Wahlen aufgehoben. Die erste Folge davon war die Errichtung einer katholischen Volkspartei, welche gegenwärtig durch vier Minister in der Regierung vertreten ist.

Nun schneidet der hl. Vater die römische Frage in einem Rundschreiben an die ganze Christenheit an. Die gegenwärtige Lage des hl. Stuhles wird in diesem Rundschreiben als eine „anormale“ bezeichnet, die aus verschiedenen Gesichtspunkten sehr schädlich ist (gründliche Analyse) für die Ruhe und den Frieden unter den Völkern.

Um aber einen sichtbaren Beweis seiner Friedensliebe und Versöhnlichkeit zu geben, erklärt der Papst, daß er die rigorosen Bestimmungen, welche von seinen Vorgängern für die offiziellen Besucher katholischer Fürsten und Staatsoberhäupter gegeben worden sind, widerrufen und abändern werde: allerdings unter dem Vorbehalt, daß diese Entscheidungen nicht als eine Preisgabe des Standpunktes ausgelegt werden, den der apostolische Stuhl einnehmen müsse zur Verteidigung geheimer Rechte.

Welcher Art diese Entscheidungen und Mitteilungen sein werden, wird im Rundschreiben nicht gesagt. Das wird Sache von Bereisungen sein, welche von Rom aus in Kürze geschehen und ausgemacht werden müssen.

Die Ankündigung von einem derartigen Entgegenkommen von Seiten des hl. Stuhles ist an sich schon ein Ereignis von unbeschreiblicher Tragweite. Wenn es der Freimaurerei nicht gelingt, das Rad noch rückwärts zu drehen, so kann dieser Schritt des Heiligen Vaters einen vollständigen Umschwung in der europäischen Politik nach sich ziehen.

Es wäre den armen von allen Missetaten, besonders aber von der furchtbaren Finanznot und der noch ärgeren Völkerverwüstung geplagten Völkern des alten zerstückelten Europas zu wünschen, wenn ihre Staatsoberhäupter Zustimmung nehmen würden mit Rom. Dem Völkern aller religiösen Bekenntnisse wäre diese Gnade zu gönnen.

Sie haben jetzt erfahren, wie es den Völkern geht, wenn keine Fürsten die Fürsten der Politik und der Diplomatie, die Fürsten der Wissenschaft und der Kunst, die Fürsten der modernen Technik und der Volkswirtschaft, wenn keine Fürsten alle im Chorus sitzen, was schon die aller Eitelkeiten am Nil und am Guphrat gesungen haben, indem sie dem gottesgäubigen Volke Israel gegenüber protestand ausrufen: non est Deus, es gibt keinen Gott.

Das Unglück, welches über Europas Völker gekommen ist, weil seine Führer blind waren, ist demnach groß geworden, daß es fast unendlich ist, die Ursache des Unglücks nicht zusehen. Also muß der Wunsch nach der Errettung auch den Völkern zur Umkehr in sich schließen. Sonst alles Schlimmer nichts.

Tatsächlich hat sich die Stellung der Staatsoberhäupter zum apostolischen Stuhl schon bedeutend geändert. So weit hat sie sich geändert, daß der Vorschlag des Papstes be-

züglich der römischen Frage eher die Folge der veränderten Lage sein könnte als der Anfang einer Aenderung.

Noch ehe das jugreiche Frankreich seinen Vertreter an den Vatikan entsandte, und ehe England eine Annäherung erwachte, war das offizielle Italien in enger Fühlung mit ihm. Es brauchte ja nicht immer die selbstlosen Motive zu sein, die den Politiker bei seinen Entschlüssen bestimmen.

Sonst hätte Frankreich gewiß nicht Protest dagegen eingelegt beim Vatikan, als die italienische Regierung einen römischen Kardinal, der als Legat des Papstes während des Krieges nach Jerusalem reiste, um der Jerusalemerfeier der hl. Dormitio beizuwohnen, ein Kriegsschiff zur Verfügung stellte und ihn nach Joppe fuhr und wieder zurück.

Warum dieser Protest? Und warum die einmütige Zustimmung der gesamten italienischen Presse zur letzten Enzyklika des Papstes? Es könnte ganz gut sein, daß diese Dinge im innern Zusammenhang stehen mit einander. Würde die französische Regierung die Proteste herbeiführen über die geheime Annäherung, in welcher die Vertretung Frankreichs beim hl. Stuhl behandelt und fast einmütig beschlossen wurde, so würde auch die Öffentlichkeit diesen innern Zusammenhang deutlich sehen. Es wird schon einmal Tag werden darüber.

Ohne daß er es gewollt oder gesucht hätte, ist der Papst plötzlich wieder „ein politischer Faktor“ geworden, dessen sich die Herren der Erde zu ihren Zwecken bedienen möchten.

Lloyd George über die Handelsbeziehungen mit Rußland.

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, er übernehme die Verantwortung für die Politik gegenüber Rußland und er gehe mit seinen Kollegen einig. Die Zustände in Rußland seien kein Grund, mit dem russischen Volk nicht Handel zu treiben, ebensowenig wie die Zustände in Mexiko, die Grenzstaaten, die in Rußland unter dem zaristischen Regime und in der Türkei unter Abdul Hamid gegen die Annäherung vorkamen, einen Grund bilden, mit diesen Ländern keinen Handel zu treiben. Lloyd George stellt fest, daß Rußland vor dem Krieg 26 Prozent der in Europa eingeführten Lebensmittel einführte und daß dabei die Wiederhernahme der Handelsbeziehungen mit Rußland für die Christen Europas und Welt unumgänglich notwendig ist. Der Premierminister ist bezüglich beim Gedanken, was geschehen kann, wenn es nicht gelingt, das normale Leben in der Welt wiederherzustellen.

Das Unterhaus schloß die Debatte über die Unterhandlungen mit Rußland, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde.

Aus der Bundesversammlung.

Bern, 7. Juni, 5 Uhr nachmittags.
Nationalrat.

Mit ehrenden Worten gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Herrn Cossy, Laubi, zu dessen Ehren der Rat sich von seinen Zügen erhebt.

Die Beschlüsse der Verteidigung im nächsten Generalkongress geht an die Petitionskommission; der Bundesrat betrachtet die Zuständigkeit der Bundesversammlung als nicht gegeben.

Wahlkreisprüfung.

Tagung im (athol.-) laubi, referiert. Es treten nun in den Rat ein D. Zeiler, Wolfis (athol.-) laubi, de Cerevoille, Laubi (lib.-dem.), Richel, Bern (S. V.) und R. L. Thurgau (S. V.). Die Wahlen werden gefeiert.

Die neuen Nationalmitglieder werden berichtigt (Meist ist noch nicht anwesend).

Motion Zähl.

Stähli, Bern (S. V.), begründet seine Motion vom 26. Februar 1920: „Der Bundesrat wird eingeladen, beförderlich Bericht und Antrag einzubringen über die Frage, ob nicht 684 des O. N. in dem Sinne abzuändern sei, daß Absatz 2 aufgehoben und die Möglichkeit geboten wird, den Austritt aus einer Genossenschaft naturlich oder verträglich vor Bedingungen abhängig zu machen oder zeitlich zu beschränken.“

Die Genossenschaften haben das Bedürfnis nach Schutzbestimmungen; ihrer dahinzuliehenden Bestimmungen werden aber nach geltendem Recht vom Bundesgericht nicht gekürzt, wie ein konkreter Fall beweist. Viele Kriegsgeldungen werden jetzt, obwohl sie notwendig sind, von Genossenschaften im Zuch gelassen, wodurch nicht nur die Genossenschaften selbst, sondern auch die Konsumenten geschädigt werden, indem ihre Anlagen auf schwächere Quellen gesetzt werden müssen.

Bundesrat ist über Lin beauftragt die Motion. Eine Einwirkung auf das Bundesgericht ist ausgeschlossen. Vielleicht wird eine andere Abänderung des Gerichts eine andere Auslegung haben. Die Genossenschaften können auch an die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit denken. Redner erwähnt noch weitere Hilfsmittel. Für eine Geschehen ist der Bundesrat nur im äußersten Notfall zu haben; mit diesen die widersprechenden Teile des O. N. in Revision; dort sind die Wünsche des Motionärs, T. berücksichtigt. Im Hinblick darauf sollte der Motionär das Ergebnis dieser Revision abwarten. Wenn nötig, könnte der Bundesrat eventuell noch mit Notverordnungen nachhelfen.

Stähli ist mit dem Bundesrat einverstanden, daß die Motion der imperativen Charaktere genannt werde.

David und Goliath.

Aus einem apokryphen Leben Davids von S. Bapletal, O. P.

David entledigte sich seines Gepäcks, überließ es einem Trophäenwächter und lief in die Schlachtlinie, um seine Brüder aufzufuchen und nach ihrem Befinden zu fragen. Bald fand er sie und berichtete ihnen, daß Goliath ihnen und dem Hauptmann Lebensmittel geschickt habe. Während er mit ihnen sprach, war sich ihm ein ungewöhnliches Schauspiel.

Ein bairnlonger Riese mit seinem Schildträger trat aus dem Reiben der Philister und rief mit lärmender Stimme den Israeliten zu, einen von ihnen zu wählen, um sich mit ihm im Zweikampf zu messen. Sechs Allen und eine Spanne war der Riese hoch, trug einen ehernen Helm, einen Schuppenpanzer und Beinschienen. Sein Speer war gleich einem Weiberbaum und dessen Spitze von Erz noch sechshundert Zisel.

„Nur heraus, ihr Armeheute!“ rief er den Israeliten spöttisch zu. „Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will? Kommt mir her, ihr Verräther!“

„Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu. „Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu. „Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu.

„Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu. „Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu. „Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu.

„Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu. „Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu. „Ist denn in euerem Läger keine Seele, die sich mit mir messen will?“ rief er den Israeliten spöttisch zu.

Neue außerordentliche Kriegsteuer.

(Ausführungsbeschluss zum Verfassungsartikel; Differenzen).

Obrecht und Göttschel referieren. In Art. 3 wird der Beginn der 1. Steuerperiode auf 1. Januar 1921 angesetzt.

Im Ständerat

werden die neuen Mitglieder Lorenz, Walz (kathol.), und Siegrist, Luzern (kathol.), berufen und hierauf konstituiert.

Neue Kriegsteuer (Differenzen).

Der Antrag Grünenschelders wird diskutiert. Art. 6, neue Ziffer 4:

Die Inhaber von Edelsteinen, Edelmetallen und dergl., welche sie für nicht in der Schweiz wohnhafte Personen anschwanden, sofern nicht nachgewiesen ist, dass der Wert dieser Gegenstände im Auslande nach der dort geltenden Gesetzgebung versteuert wird.

Viele Steuerpflichtige sind in gleicher Weise für Wertchriften und Bargold ausländischen Ursprungs, welche der schweizerischen Volkswirtschaft nicht dienlich sind.

Die Inhaber haben für die Steuer das Negativrecht gegen die Eigentümer.

Kommmissionspräsident Obrecht lehnt diesen Antrag ab und stellt fest, dass die fremden Depots nicht 20-30 Milliarden erreichen, wie die Sozialisten meinen, sondern nur 7 bis 10 Milliarden.

Cassisch, Graubünden (frei), beantragt Rückweisung des Antrages Grünenschelders an die Kommission.

Eventuell wird mit 75 gegen 39 Stimmen der alte Beschluss des Nationalrates gegenüber dem Antrag Grünenschelders vorgezogen.

Demnach wird mit 87 gegen 61 Stimmen in Zustimmung zum Ständerat Streichung der Besteuerung fremder Depots beschlossen.

Bei Art. 3 beantragt Schwander, Schwyz (kathol.), einen Zusatz: „Sodern der Wert dieser Gegenstände (Zahnhabe) Fr. 3000 nicht übersteigt, ist von der Besteuerung natürlicher Personen ein Betrag von Fr. 3000 steuerfrei.“

Der Rat lehnt diesen Antrag ab und vereinigt die ganze Vorlage. Es bleiben noch einige geringfügige Differenzen.

Mitglieder für Bundesrat und Eidgenossenschaft.

Eggspühler, Morgau (kathol.), und Göttschel, Bern (frei), referieren. Beide Vorlagen sind vom Ständerat bereits behandelt worden und die nationalräthliche Kommission empfiehlt Eintreten.

Wopp, Zürich (W. G. V.), beantragt Nichtentreten. Seine Fraktionsgenossen betrachten solche Vorlagen als un-demokratisch und unsozial.

Eggspühler erklärt, dass die meist in vorgerücktem Alter im Bundesrat und eidgenössische Gerichte eintretenden Herren nicht in die eidg. Pensionklasse einbezogen werden können.

Mit 79 gegen 2 Stimmen und zahlreicher meist sozialistischer Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Die Debatte ergibt keine wesentlichen Differenzen zum Ständeratsbeschluss. Die Vorlage über die Pensionierung eidg. Richter wird mit 79 Stimmen angenommen.

Antauf der Besitzung Meyer in Ostermündigen. Referent Hardmeier, Zürich (frei.), empfiehlt dem Antrag zum Betrag von 110,000 Fr. nebst einem Kredit von Fr. 35,000 zum Ausbau der Liegenschaft als Magaziner der Telegraphenverwaltung. Der Rat stimmt zu.

Motion Jenni.

Jenni, Bern (W. G. V.), begründet seine Motion vom 10. Dezember 1919: „Die Unterzeichneten eründen dem Bundesrat die Frage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht das Bundesgesetz betr. die Förderung der Landwirtschaft vom 29. Dezember 1893 einer Revision zu unterziehen sei.“

Der Nationalrat berweist u. a. auch auf die Landflucht und verlangt Ausbau der landwirtschaftlichen Spezialschulen. Die hochgehende Fortbildungsschule genügt nicht. Es sollte auch für die Ausbildung des weiblichen Geschlechts auf dem Land besser gesorgt werden.

Das landwirtschaftliche Wohnwesen verlangt ebenfalls Förderung. Besonders wichtig ist die rationelle Ausnutzung jedes Streifens landwirtschaftlichen Bodens.

Gabor, Bern (W. G. V.), unterstützt den Nationalrat mit dem Wunsch, der Bund möchte den Jüngern durch die Beschaffung guten männlichen Nachwuchses helfen.

Bundesrat Schulthess erklärt die Entgegennahme der Motion. Bereits übernommene Aufgaben sollen neu geregelt und durch weitere Ziehung des Streifens ergänzt werden.

Die Inhaber verdienen ernsthafte Prüfung. Das hauswirtschaftliche Bildungswesen kann gleichwohl auch mehr gefördert werden; insbesondere soll die weibliche Jugend, die jetzt in Fabriken geht, Gelegenheit erhalten, in Spezialkursen sich auf den Haushalt vorzubereiten.

Es muss geprüft werden, ob nicht die Altersgrenze, die Mädchen den Eintritt in die Fabriken gestattet, heraufgesetzt werden sollte.

Zusatz 1 1/2 Uhr. Mittwoch: Interpellationen und Motionen.

Der Ständerat

beginnt mit der Behandlung des 13. und 14. Neutralitätsberichts, umfassend die Zeit vom 1. Mai 1919 bis 8. Mai 1920.

Kommmissionsberichterstatter Böhi, Thurgau (frei.) konstatiert, dass das wichtigste in diesem Zeitraum fallende Ereignis der Überlegung von der Absoluten zur differenzierten Neutralität in den Berichten nicht erwähnt ist.

Ob dieser Umkehr für uns ein Segensreicher ist, wird die Geschichte zeigen. Die Berichte verlieren mehr und mehr an Interesse und die Neutralitätskommission findet, man könnte wohl zu ihrer Auflösung schreiten.

Die Kommission wünscht ein energisches Fortschreiten auf dem Wege des Abbaus der Neutralitätsmaßnahmen.

Entreten wird diskussionslos beschlossen. Bei Abschnitt Zusatz- und Polizeidepartement leit. Berichterstatter Charmitlod, Bern (frei.), mit, dass Aussicht für die Rückkehr einer gewissen Zahl her in der Schweiz lebenden italienischen Deputierten und Refraktäre in ihr Heimatland besteht.

Auf eine Anfrage über das Schicksal der Motion Böhi-Witz betr. Behandlung der Devisenkur u. A. Majolara verweist Bundesrat Häberlin darauf, dass durch Bundesratsbeschluss vom 29. Oktober 1919 für humane Behandlung dieser Leute gesorgt wurde, aber auch Maßnahmen gegen rentierte und gefährliche Elemente vorgesehen sind.

Die erwähnte Motion ist somit durch diesen Beschluss erledigt.

Beim Bericht der Zentralstelle der Fremdenpolizei bemerkt Charmitlod, Bern (frei.), man sei gelegentlich auf Veranlassung schweizerischer Arbeiterorganisationen gegenüber Eintretensgesuchen fremder Arbeiter zu streng verfahren.

Kutty, Gers (lib.), findet die Aufgabe der kantonalen Behörde werde oft durch die Zentralstelle kompliziert und diese letztere, die nur zeitlich berechtigt war, sollte allmählich abgebaut werden.

Wettstein, Zürich (frei.), betrachtet dagegen das Weiterbestehen der Zentralstelle als notwendig; bei der

Kritik darf nicht außer acht gelassen werden, dass die Fremdenpolizei eine improvisierte Einrichtung ist. Zu tabeln ist die Haltung der Zentralstelle in Bezug auf die Bewilligung von Niederlassungen.

Wenn Kantone und Gemeinde eine Niederlassung bewilligen, so sollte nicht die Zentralstelle sie bewilligen dürfen. Das Kontrollrecht der letzteren darf nicht ausarten.

Willing, Graubünden (f.), tadelt die den in Graubünden arbeitenden Leuten aus dem Kanton und Stellen berechneten Pachtverhältnisse.

Vertoni, Tesin (fr.), unterstützt diese Klagen. Laeli, Graubünden (fr.), wiederholt die Begehren auf Einschränkung der den Fremdenverkehr einengenden Maßnahmen.

Witz, Obwalden (f.), unterstützt diese Forderung. Bundesrat Häberlin verweist angesichts dieser allgemeinen Kritik daraufhin, dass die Zentralstelle geschaffen wurde zur Kontrolle der Ausländer und zum Schutz gegen die gefährdende Ueberfremdung.

Die Zentralstelle muss also gegen alle arbeiten. Die Ordnungsmassnahmen können nicht von einem Tag zum andern über den Haufen geworfen werden und die Kette der Kontrolle muss intakt bleiben.

Die Verhältnisse sind in verschiedenen Beziehungen besser geworden. Was heute noch an Vorarbeiten besteht, gehört zu einem ordnungsliebenden Staat.

In Niederlassungswesen sollen Kantone und Gemeinden das erste Wort haben, weil sie die Verhältnisse am besten kennen und es wird auch selten eine Niederlassungsentcheidung entgegen dem Antrag von Kanton und Gemeinde getroffen werden.

Das Recht dazu muss sich aber die Zentralstelle vorbehalten. Das Departement ist dankbar, wenn ihm Fehler zur Kenntnis gebracht werden.

Den Wünschen der Hotelier wird nach Möglichkeit entsprochen und die kritischen Verhältnisse in Graubünden, Tesin, sollen sofort verbessert werden.

Die Erziehung des Militärs durch Zoll- und Polizeimannschaft dürfte für Juli möglich sein.

Bundesrat Häberlin ersucht zum Schluss den Rat der Zentralstelle, die in vernünftigen Umfang bis auf weiteres bestehen bleiben muss, Berechtigtheit wiederfahren zu lassen.

Hierauf wird der Bericht genehmigt.

Zu den Reichstagswahlen in Deutschland.

Berlin, 8. Mai. ag. (Wolff.) Bis Montag, abends 10 Uhr, lagen 317 Teilergebnisse aus allen Wahlkreisen, mit Ausnahme von Koblentz-Trier (Rhein-Süd 24. Wahlkreis) vor.

Demnach können als gewählt gelten: Volkheitssozialisten 86, Unabhängige 57, Kommunisten 1, Demokraten 27, Zentrum 43, bayerische Volkspartei 12, deutsche Volkspartei 42, Deutschnationale 41, schleswig-holsteinische Bauern-Demokraten 1, Deutsch-Hannoverscher 2, württembergischer Bauernbund 3, bayerischer Bauernbund 2.

Berlin, 8. Juni. ag. (Wolff.) „Frankfurter Zeitung“. Während des Wahlkampfes hat Reichstagskanzler Müller bekanntlich mit nicht unzuverlässiger Deutlichkeit wiederholt die Erklärung abgegeben, dass für die Sozialdemokratie ein Zusammenarbeiten mit der deutschen Volkspartei unmöglich sein werde.

Wir glauben zu wissen, dass diese Auffassung auch von andern maßgebenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie geteilt wird.

Das Reichskabinett dürfte morgen oder übermorgen hemisphärisieren. Es trägt dabei der bei seiner Bildung getroffenen Vereinbarung Rechnung, nach der Reichspräsidenten dem Reichspräsidenten die Parteiführer zur Verfügung zu stellen.

Der Reichspräsident wird parlamentarischen Gebrauch entsprechend die Minister bitten, solange im Amt zu bleiben bis ein neues Kabinett auf der durch die Wahlen geschaffenen neuen Grundlage gebildet ist.

Selbstverständlich werden bis dahin die dringenden notwendigen Geschäfte erledigt. Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Einberufung des Reichstages so rasch als technisch möglich erfolgen wird, denn die zur Zeit bestehende Unklarheit drängt nach rascher Lösung.

Deshalb werden in den nächsten Tagen die leitenden Instanzen der Parteien in Berlin zusammenkommen. Der sozialdemokratische Parteivorstand hielt bereits Besprechungen ab und auch die sozialdemokratische Fraktion dürfte sehr bald zusammenberufen werden.

Das gleiche gilt von den andern Parteien.

Berlin, 8. Juni. ag. (Wolff.) Aus den Betrachtungen der Abendblätter geht allgemein eine Unklarheit über die Art und Weise der Reichstagswahlen hervor.

Diese erklärt sich aus dem Umstand, dass die Ergebnisse bis Montag abends noch keinen sichern Schluss auf die Stärke der neuen Parteien zulassen.

Die Wähler konstatieren alle einen Aufschwung vor dem demokratischen und mehrheitssozialistischen Stimmenzahlen und andrerseits ein Anwachsen der Unabhängigen und

der rechtsstehenden Parteien. Einige der Blätter sind der Ansicht, dass sich die bisherige Koalition nicht mehr halten kann, während andere ein weiteres Bestehen derselben für möglich halten.

Berlin, 8. Juni. ag. (Wolff.) Auch heute noch läßt sich das Ergebnis der Wahlen nicht klar überblicken. Die deutschnationale Volkspartei erhält nach dem „Volksanzeiger“ 68-70 Sitze, jedoch sie zusammen mit der deutschen Volkspartei über rund 130 Mandate verfügen würde.

Der „Volksanzeiger“ glaubt an eine bürgerliche Koalitionsbildung; möglich sei aber auch eine Koalition von der deutschen Volkspartei bis einschließlich der Sozialisten.

Daneben hält er auch ein Kabinett von Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen für denkbar. Als das richtige erachtet ihm aber ein Kabinett von Fachmännern. Dabei steht er das überwachende Vordringen der Bauernpartei im Süden als besonders bedeutsam an.

Ausland

Zu den Vorfällen in Graz. Graz, 8. Juni. ag. (W. R. V.) Zu den Vorfällen in Graz wird weiter gemeldet: Um zehn Uhr nachts dauerten die Ansammlungen an der Murbrücke immer noch an.

Die dort postierte Polizeiabteilung war solange der Verhöhnung durch die Menge ausgesetzt. Der Versuch zum Schießen wurde vom Kommando der Polizeiabteilung abgelehnt, da die Polizisten von der Menge mit Steinen bedroht wurden.

In den Abendstunden begab sich eine Abordnung der sozialdemokratischen Partei zum Landeshauptmann, um gegen den Gebrauch der Schutzwafern durch die Polizei zu protestieren und die Einleitung einer strengen Untersuchung zu verlangen.

Massenversammlung in Wien. Wien, 8. Juni. ag. (W. R. V.) In der am Montag vom Antikommunisten und der christlich-sozialen Partei und der Frontkämpfervereinigungen in die Volkshalle des Rathauses einberufenen Massenversammlung der deutsch-österreichischen Bewohner Wiens wurde einstimmig eine Entschiedenheit angenommen, in der u. a. folgende Forderungen gestellt werden: Sofortige Internierung aller eingewanderten Ösjuden, sofortiger fortwährender Abschied derselben und Grenzsperrung gegen jede weitere Zuwanderung.

Beschlagnahme ihres hier erworbener Vermögens, Aufhebung der in Wien beantragten gerichtlichen Inzidenzverfahren und die Verhaftung ihrer Angehörigen zur sofortigen Verhaftung.

In der Resolution wird die Regierung weiter darauf aufmerksam gemacht, dass die deutsch-österreichische Bevölkerung Wiens ihre weitere Haltung von der Erfüllung dieser Forderungen abhängig mache.

Nach der Annahme der Resolution, vor welcher mehrere Abgeordnete, darunter Kunschak, gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen. Die Teilnehmer zogen unter Absingung nationaler Lieder bis zum Schwarzenbergplatz, wo sich der Zug auflösen sollte.

Der größte Teil marschierte aber weiter gegen die Herberstraße, wobei es zu kleineren Zwischenfällen kam. Es wurden einige Personen verhaftet.

Generalstabsausführung einer Maschinenengewehrkompanie. Berlin, 8. Juni. ag. (Wolff.) Am Samstag, den 5. Juni, sollte in Soest in Westfalen das zweite Bataillon des Infanterieregiments 62 mit dem ersten Bataillon des Reichswehrregiments 13 verschmelzen werden.

Die Maschinengewehrkompanie dieses Bataillons (die frühere Maschinengewehrkompanie Libau) widersetzte sich der Auflösung gewalttätig und forderte die Maschinengewehrkompanie gegen ihre die Auflösung fordernden Vorgesetzten. Da Verhandlungen nicht zum Ziele führten, wurde die Auflösung gewalttätig erzwingen.

Die mit der Durchführung der Auflösung beauftragten Reichswehrtrouppen hatten hierbei bedauerlicherweise drei Tote und sechs Verwundete zu beklagen.

Wichtige Demonstrationen in Bari. Rom, 8. Juni. ag. (Stekel.) Die Zeitungen melden, dass das Regierungskabinett über die Protestdemonstrationen der sozialistischen Partei Anlauf gibt, im ganzen Land eine Bewegung zu verursachen.

In mehreren Städten kam es zu Demonstrationen, am meisten in Bari, wo die Erregung wegen des schlechten und knappen Brotes durch die Preissteigerung noch verschärft wurde.

Die Menge erging sich in Ausschreitungen, plünderte Läden und Restaurants. Wegen Mordes eröffnete die Polizei das Feuer gegen die Manifestanten. Es gab einige Tote und viele Verletzte.

Mitteltabelle der Reichsbörse vom 8. Juni 1920.

Table with 2 columns: Location and Price/Value. Includes entries for Berlin, Wien, Graz, Stuttgart, etc.

Die elektrische Au

macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

Die elektrische Au... macht den Verbrauchern... Die elektrische Au... macht den Verbrauchern...

